

Jäger, Kai; Krause, Manuela; Potrafke, Niklas

Article

Ökonomenpanel von ifo und FAZ: Ergebnisse der März-Umfrage 2016

ifo Schnelldienst

Provided in Cooperation with:

Ifo Institute – Leibniz Institute for Economic Research at the University of Munich

Suggested Citation: Jäger, Kai; Krause, Manuela; Potrafke, Niklas (2016) : Ökonomenpanel von ifo und FAZ: Ergebnisse der März-Umfrage 2016, ifo Schnelldienst, ISSN 0018-974X, ifo Institut - Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München, München, Vol. 69, Iss. 07, pp. 47-48

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/165740>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Ökonomenpanel von ifo und FAZ:

Ergebnisse der März-Umfrage 2016

47

Kai Jäger, Manuela Krause und Niklas Potrafke

In der zweiten Umfrage des Ökonomenpanels von ifo und FAZ im März 2016 wurden 670 Professoren befragt. Die Rücklaufquote betrug 29,1%. 93,8% der Teilnehmer beantworteten dabei den Fragebogen vollständig. Die Professoren wurden zu möglichen Einschränkungen von Bargeldzahlungen gefragt. Dieses Thema war in den vergangenen Wochen Gegenstand der öffentlichen Debatte. So wurden Pläne bekannt, wonach die Bundesregierung eine Obergrenze von 5 000 Euro für Bargeldzahlungen in Erwägung zieht. Dazu kommen konkrete Überlegungen der Europäischen Zentralbank, den 500-Euro-Schein abzuschaffen. Begründet werden derartige Maßnahmen hauptsächlich mit einer besseren Bekämpfung von Kriminalität.

Unter Ökonomen wird die Thematik einer Einschränkung der Bargeldzahlungen kontrovers diskutiert. Beispielsweise sprach sich der Harvard-Ökonom Kenneth Rogoff bereits im November 2014 bei den »Munich Lectures in Economics« für eine vollständige Abschaffung des Bargelds aus. Hans-Werner Sinn, Präsident a. D. des ifo Instituts, lehnt eine vollständige Abschaffung des Bargelds dagegen ab und ist keineswegs von der Begründung der EZB zur Abschaffung des 500-Euro-Scheins überzeugt.

Fragen und Ergebnisse der Umfrage

Eine Mehrheit von 54% der Teilnehmer der im Ökonomenpanel befragten Professoren für Volkswirtschaftslehre an deutschen Universitäten spricht sich strikt gegen eine Einschränkung von Bargeldzahlungen aus. Allerdings sind immerhin noch 44% der Teilnehmer der Ansicht, dass eine Obergrenze für Barzahlungen eingeführt werden sollte. Eine vollständige Abschaffung des Bargelds findet dagegen kaum Zustimmung (2%).

Für die Mehrheit der Teilnehmer geht eine Einschränkung der Bargeldbezahlung zugleich mit ökonomischen Nachteilen einher. So sind 54% der Meinung, dass eine entsprechende Begrenzung geringe bzw. starke ökonomische Nachteile mit sich bringt. Lediglich 23% verbinden damit geringe bzw. starke ökonomische Vorteile.

Befragt nach den Gründen für eine Abschaffung des 500-Euro-Scheins, wie von der EZB geplant, stimmen die meisten Teilnehmer der von EZB-Präsident Mario Draghi angeführten Begründung zur Eindämmung krimineller Aktivitäten durch eine entsprechende Abschaffung zu. So sind 40% der Ansicht, dass mit einer Abschaffung des 500ers diese Absicht verbunden ist. 20% der Teilnehmer sind dagegen der Meinung, dass mit einer entsprechenden Maßnahme der Spielraum

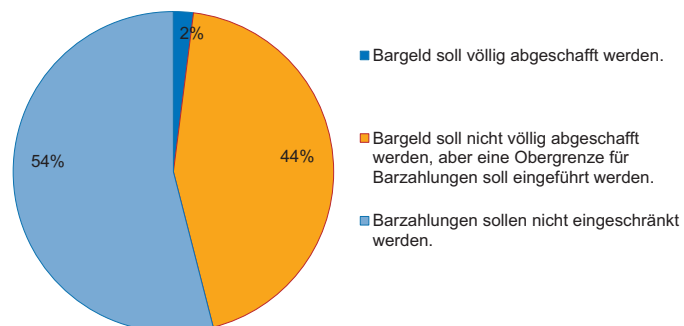
für höhere Strafzinsen auf Einlagen der Banken bei der Notenbank vergrößert werden soll. 22% sprechen sich für beide Gründe gleichermaßen aus. Einen gänzlich anderen Grund für das Vorhaben der Abschaffung des 500-Euro-Scheins gaben 10% der Teilnehmer an. Vornehmlich wird dabei die Möglichkeit einer stärkeren Überwachung der Bürger, aber auch die Reduzierung von Geldwäsche und Schwarzarbeit genannt.

Wie sicher sind sich die Befragten bei ihren Antworten?

Bei den Fragen zur Zukunft des Bargelds und zu den ökonomischen Auswirkungen einer Bargeldeinschränkung hat-

Abb. 1

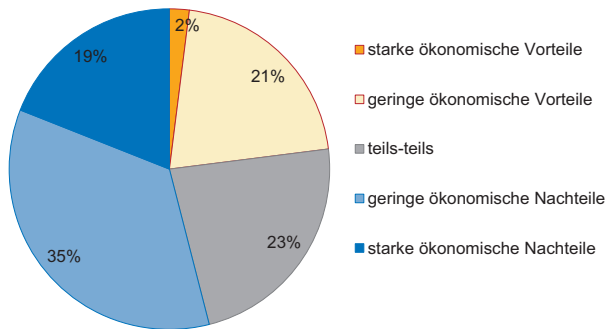
In der Öffentlichkeit wird zurzeit die mögliche Einschränkung der Bargeldbezahlung debattiert. Welchen Vorschlag würden Sie in dieser Frage bevorzugen?



Quelle: Ökonomenpanel März 2016.

Abb. 2

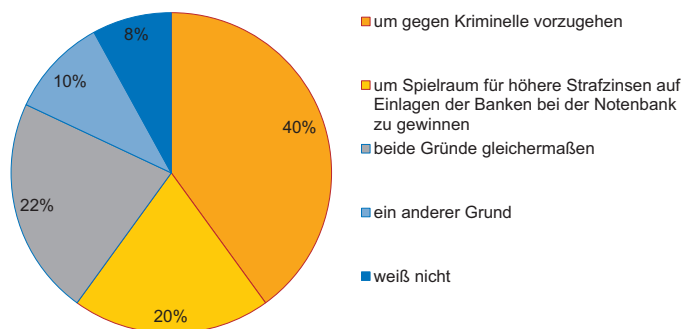
Welche ökonomische Auswirkung hätte Ihrer Meinung nach eine Einschränkung der Bargeldbezahlung für die deutsche Wirtschaft?



Quelle: Ökonomenpanel März 2016.

Abb. 3

Was ist Ihrer Meinung nach die Absicht hinter dem Vorhaben, den 500-Euro-Schein abzuschaffen?



Quelle: Ökonomenpanel März 2016.

ten die Teilnehmer die Möglichkeit auf einer Skala von 0 bis 10 anzugeben, wie sicher sie sich bei ihrer Bewertung sind. Die Ergebnisse zeigen, dass sich die Teilnehmer bei ihren Einschätzungen im Mittel relativ sicher waren. In der Frage zur Zukunft des Bargeldes erreichte die durchschnittliche Sicherheitseinschätzung einen Wert von 8,3. Bei der Bewertung der ökonomischen Auswirkungen einer Bargeldeinschränkung lag der Mittelwert bei 7,5. Sowohl die Teilnehmer, die gegen eine Einschränkung von Bargeldzahlungen sind (8,9), als auch diejenigen, die starke ökonomische Nachteile von einer Bargeldeinschränkung erwarten (9,0), waren sich am sichersten. Gewichtet man die Antworten entsprechend dem geäußerten Sicherheitsgrad der Teilnehmer, so erhöht sich die Ablehnung einer Bargeldeinschränkung von 54% auf 58%. Die Bewertung, dass eine Bargeldeinschränkung geringe bzw. starke ökonomische Nachteile mit sich bringt, steigt nun von 54% auf 57%.

Optionale Kommentare

Bei der Frage, wie sich die Ökonomen zu einer Einschränkung der Bargeldzahlung positionieren, hatten die Befragten zudem die Möglichkeit optional einen Kommentar zu verfassen. Die meisten Kommentare mahnten dabei an, dass mit einer Beschränkung der Bargeldzahlungen vor allem eine Ausweitung der staatlichen Kontrolle einhergehen würde und warnten vor einem möglichen Machtmissbrauch des Staates. Zudem bezeichneten einige Teilnehmer die Nutzung von Bargeld als ein Bürgerrecht bzw. als einen Schlüssel zu Mobilität und Freiheit. Ein Teilnehmer zitierte in diesem Zusammenhang den russischen Schriftsteller Fjodor Dostojewski: »Geld ist geprägte Freiheit«. In anderen Kommentaren wurde dagegen Verständnis für die mögliche Einführung von Obergrenzen für Bargeldzahlungen geäußert, da diese zwar nicht kriminelle Geschäfte an sich verhindern, aber ihre Aufdeckung und Beweissicherung erleichtern würden.